

## Vorlage Stadtparlament

Datum 28. November 2019  
Beschluss Nr. 3575  
Aktenplan 152.15.13 Stadtparlament: Einfache Anfragen

### Einfache Anfrage Christian Neff: Mehr Transparenz bei den Anlagekonten für Mitarbeiter der Stadt; Beantwortung

Am 4. Oktober 2019 reichte Christian Neff die beiliegende Einfache Anfrage betreffend «Mehr Transparenz bei den Anlagekonten für Mitarbeiter der Stadt» ein.

Der Stadtrat beantwortet die Einfache Anfrage wie folgt:

#### 1 Ausgangslage

Die Stadt St.Gallen bietet ihren Mitarbeitenden (aktiv und pensioniert) die Möglichkeit, Geldeinlagen bei der Stadt zu tätigen. Die Stadt gilt dabei gemäss dem Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen (SR 952.0 BankG, Art. 1 Abs. 2) in Verbindung mit der Verordnung über die Banken und Sparkassen (SR 952.02 BankV, Art. 3) als sog. «Nichtbank». Die Einlagen von aktiven und pensionierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei ihrem Arbeitsgeber sind gemäss Art. 5 lit. e der Bankenverordnung (BankV) nicht als Publikumseinlagen zu werten und gelten somit als Ausnahme. Die Frage nach der Gewerbsmässigkeit stellt sich daher nicht, da sich diese nur auf die sog. Publikumseinlagen bezieht.

Der Ursprung der Anlagekonten geht auf das Jahr 1974 zurück. Die Stadt wollte damals eine Anleihe am Markt platzieren und hat dabei rund CHF 10 Mio. weniger an Geldern erhalten als geplant. Der Versuch, die Gelder beim AHV-Fonds oder bei Banken zu beschaffen, bereitete Schwierigkeiten und scheiterte. Vermutlich waren die Konditionen damals nicht optimal oder es wurde der Stadt kein Geld angeboten. Die Nominalzinsen von fünfjährigen Bundesanleihen lagen damals auf rekordhohen 7.13 Prozent, der höchste Wert seit dem Jahr 1900. Im Jahr 1920 wurden ähnlich hohe Nominalzinsen bezahlt. 1920 und 1974 repräsentieren Krisenjahre der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Aus diesen Umständen heraus entstand die Idee, Gelder von Mitarbeitenden für die Finanzierung der Stadt zu verwenden.

Die Anlagekonten stellen für die Stadt eine stabile und bis jetzt über Jahrzehnte hinweg erfolgreiche Art der Finanzierung dar. Die Stadt führt die Anlagekonten in der Bilanz zwar als «Kurzfristige Schulden» unter dem Titel «Anlagen des Personals», doch kann aufgrund der Stabilität der Gesamtsumme durchaus von einer langfristigen Finanzierung gesprochen werden. Es kann davon ausgegangen werden, dass Kapitalbeschaffungen mit einer Laufzeit von 20 bis 30 Jahren als Vergleich dienen können.

## 2 Beantwortung der Fragen

1. *Da diese Form der verzinsten Einlage nur Mitarbeitenden der Stadt möglich ist, sind es eindeutige Lohnnebenleistungen (Fringe Benefits). Wann gedenkt der Stadtrat diese konkrete Lohnnebenleistung ins Personalreglement (PR) der Stadt: SRS 191.1 aufzunehmen?*

Von Fringe Benefits oder Lohnnebenleistungen wird generell dann gesprochen, wenn eine Leistung neben dem Lohn ohne eine besondere Gegenleistung des Personals zugänglich gemacht wird. Oft stehen solche Leistungen auch nur Kaderleuten zur Verfügung oder können von diesen effektiv genutzt werden. Diese Leistungen schmälern selbstredend den Gewinn einer Unternehmung, im Falle der öffentlichen Hand würde in der Tat der Steuerzahler bzw. die Steuerzahlerin mitzahlen. Als Fringe Benefits gelten im Allgemeinen (die Stadtverwaltung kennt keine dieser Fringe Benefits):

- Beteiligung an Krankenkassenprämien
- Essensvergünstigungen
- Reka-Schecks
- Gratis GA für SBB
- Beiträge an die Kinderbetreuung
- Zusatzleistungen für Berufliche Vorsorge
- Aktienbeteiligungspläne / Aktienoptionen
- Gewährung von zinsgünstigen Darlehen oder Hypotheken
- Diverse Dienstleistungen und Produkte zu Vorzugspreisen
- Beiträge für Kreditkarte
- Vergünstigter Handel mit Effekten (Banken)
- Vergünstigte Hypothekar- oder Konsumkredite

Im Vergleich dazu betrachtet der Stadtrat die Verzinsung der Anlagekonten nicht als Lohnnebenleistung, weil ein zweiseitiges Geschäft vorliegt: Zurverfügungstellung von Kapital (Mitarbeiterin oder Mitarbeiter) gegen Zahlung von Zins (Stadt). Dass dieser Zins im aktuellen Zinsumfeld auf den ersten Blick relativ hoch erscheinen mag, ist verständlich. Wenn man aber die Dienstleistungen des Kontos (im Vergleich zu einer Bank relativ wenige Dienstleistungen: Keine Debitkarten, keine Kreditkarten, nur fünf Zahlungen gratis, kein Onlinezugriff usw.) und die tiefen Handlingkosten seitens der Stadt ins Kalkül zieht, sieht die Sache anders aus. Der Stadtrat sieht die Anlagekonten als Win-Win-Situation und nicht als einseitige Bevorteilung der Mitarbeitenden zulasten der Stadtkasse (vgl. Ausführungen zur Frage unter Ziffer 5).

2. *Dürfen die Mitarbeitenden der Stadt St.Gallen nur deren eigenes Geld (sprich: eben diese Mitarbeitenden sind die «Wirtschaftlich Berechtigten») auf diese Anlagekonten einzahlen?*

Damit eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter der Stadt St.Gallen ein Anlagekonto eröffnen kann, muss ein Antragsformular ausgefüllt werden. Darin wird die zur Einzahlung von Geldern berechtigte Person genannt und von der vorgesetzten Stelle (i.d.R. durch die Dienststellenleitung) bestätigt.

Es werden von der Stadt nur Gelder von als «berechtigt» bezeichneten Personen entgegengenommen. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass die von berechtigten Personen einbezahlten Gelder auch wirtschaftlich diesen Personen zugewiesen werden können. Die Stadt traut ihren Mitarbeitenden (und auch ihren Pensionärinnen und Pensionären) zu, dass sie im beruflichen Alltag redlich handeln und ihrer Arbeitgeberin keinen Schaden zufügen. Der Stadtrat geht davon aus, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich an die Regelung halten, nur Gelder einzuzahlen, an denen sie auch wirtschaftlich berechtigt sind.

3. *Wenn die Antwort zu 2) «ja» ist: Wie prüft der Stadtrat, dass die Mitarbeitenden wirklich nur deren Geld einzahlen und nicht bspw. Gelder von anderen Personen, an denen die Mitarbeitenden nicht wirtschaftlich berechtigt sind, um diesen Dritten den Vorzugszins von 0.5 % zu ermöglichen?*

Die Stadt St.Gallen nimmt keine Bareinzahlungen entgegen. Einzahlungen werden via Bankzahlungen (IBAN bzw. Herkunft ersichtlich), via Zahlungen am Postschalter (Einzahlungsschein im System ersichtlich), via Auszahlung von Guthaben von Pensionskassen und Säule-3a-Beständen bei der Pensionierung oder via direkte Lohnabzüge getätigt. Bei Zahlungen über Bank- oder Postkonten und bei Zahlungen via Postschalter und Einzahlungsschein ist die jeweilige Bank oder Post dazu verpflichtet, die wirtschaftliche Berechtigung an den Geldern festzustellen, sofern sie über der Limite des Geldwäschereigesetzes liegen. Die Stadt kann daher davon ausgehen, dass die einzahlende Person an den Geldern wirtschaftlich berechtigt ist. Die Stadt muss daher keine eigenen Abklärungen vornehmen. Dazu ist sie nach den Regelungen der Finanzmarktaufsicht (FINMA) auch nicht verpflichtet. Bei Äufnungen über Lohnabzüge, Pensionskassengelder, 3a-Gelder usw., diese Varianten stellen die überwiegende Mehrheit der Einzahlungen dar, ist die Herkunft selbstredend kein Thema.

Obwohl die Stadt St.Gallen nicht dem Geldwäschereigesetz untersteht, hat sie selbstverständlich kein Interesse daran, dass Gelder aus unklaren Quellen oder undeklarierte Gelder auf den Anlagekonten gelagert werden. Unplausibel hohe Beträge würden bezüglich ihrer Herkunft durch die Stadt geprüft. In den letzten Jahren sind keine Gelder einbezahlt worden, die nicht eine plausible Herkunft gehabt haben.

4. *Bei «Nein» bei der Frage 2) – wie begründet der Stadtrat, dass Personen, die keine Mitarbeitenden der Stadt sind, 0.5 % Zinsen auf Sparguthaben erhalten, finanziert durch Steuergelder?*  
*Anschlussfrage: Verzinsen die Stadträte/innen selbst und Departementsleiter/innen auf deren Konten auch Gelder, an denen sie wirtschaftlich nicht berechtigt sind?*

Die Frage 2 wurde mit «ja» beantwortet. In der Folge wird auf die grundsätzliche Finanzierung der Anlagekonten durch Steuergelder und die Anschlussfrage eingegangen.

Dass die Stadt mit den Anlagekonten nicht einfach Steuergelder «verschenkt», sondern durchaus einen Teil ihrer Finanzierungsbedürfnisse sehr einfach und zu guten Konditionen decken kann, wird unter Punkt 5 dargelegt.

Die Anlagekonten stehen grundsätzlich auch Stadträtinnen und Stadträten (derzeit wird davon kein Gebrauch gemacht) sowie Kadermitarbeiterinnen und Kadermitarbeitern zur Verfügung.

5. *Wieviel Zinsen hat die Stadt St.Gallen durch diese Form der Kapitalaufnahme in den letzten Jahren weniger bezahlt?*

Wie vorstehend bereits erwähnt, kann die Stadt die Finanzierung über die Anlagekonten als eine stabile und sichere Art der Finanzierung einstufen. Die Entwicklung der Jahresendsaldi des Bestandes an Anlagekonten manifestiert sich seit Jahren mit positiven Wachstumsraten. Nur die Umsetzung neuer Regelungen der FINMA im Jahr 2016 hat zu einem leichten Rückgang der Gelder geführt, weil Hinterbliebene ohne Arbeitsbezug zur Stadt die Gelder zurückziehen mussten (vgl. Ausgangslage). Die Stadt vergleicht die Gelder der Anlagekonten mit Kapitalaufnahmen von 20 bis 30 Jahren Laufzeit. Die Differenz von langfristigen Kapitalaufnahmen zur Verzinsung der Anlagekonten wird in der folgenden Abbildung grafisch dargestellt:

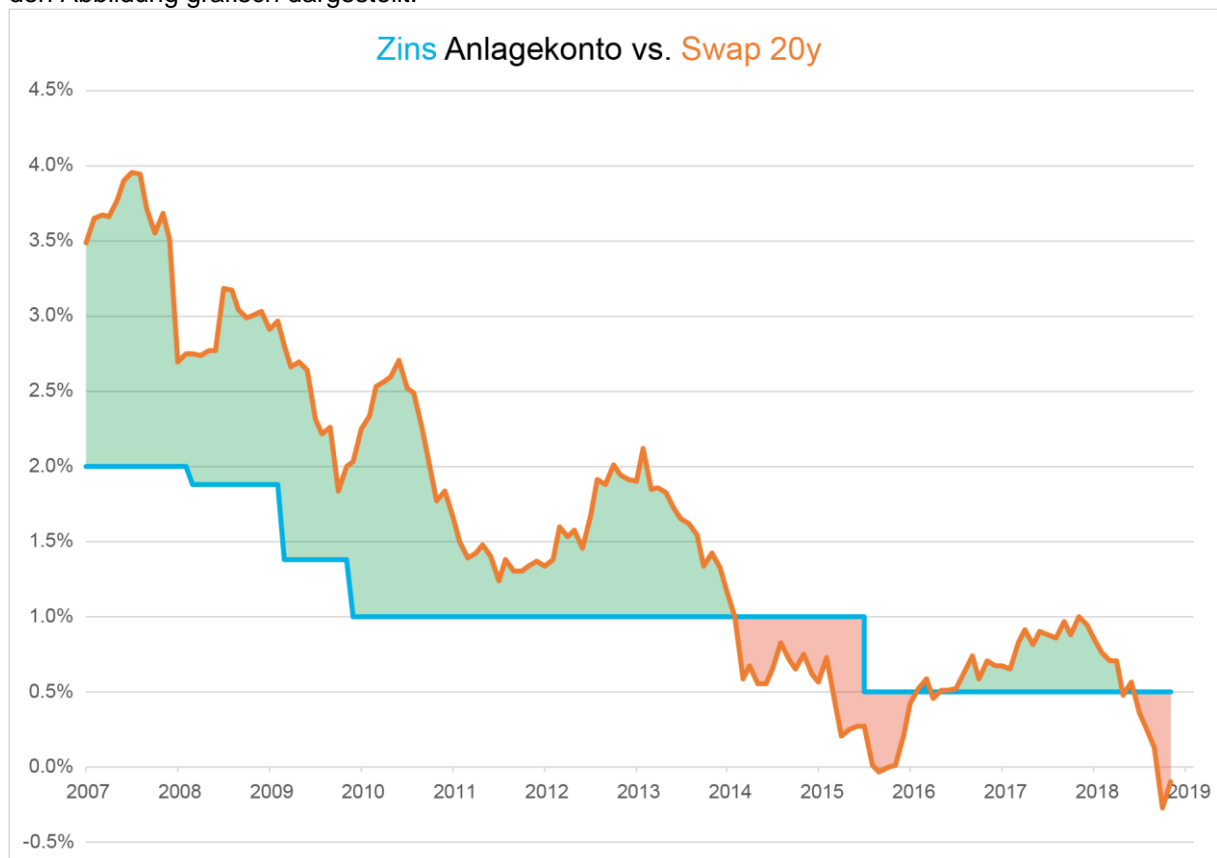


Abbildung: Darstellung Vergleich Zins Anlagekonto (Stufenlinie) gegenüber 20 jährigem SWAP-Satz (Kurve)

Die Grafik lässt sich so interpretieren, dass die Differenz bzw. Fläche zwischen den beiden Linien relevant ist. Liegt die blaue Linie unter der orangen Linie, war der Zins zum Vorteil für die Stadt. Liegt die

orange Linie unter der blauen Linie, war der Zins zum Vorteil für die Kontoinhaberin und -inhaber. Es ist schnell erkennbar, dass die Zinsen so angesetzt wurden, dass der Zins wesentlich häufiger zu Gunsten der Stadt zu liegen kam als zu Ungunsten. Leider lassen sich die Zinsen nicht vorhersehen und unterliegen starken Schwankungen. Der Stadtrat reagiert aber regelmässig auf die Bewegungen der Zinsen mit Anpassungen der Zinssätze für die Anlagekonten, wie die Darstellung ausweist. Im Betrachtungszeitraum wurden die Zinsen vier Mal angepasst. Die Stadt bezahlt im Übrigen nicht einfach den Swap-Satz. Hinzu kommen ein Aufschlag von 2-4 Basispunkten (ein Basispunkt bezeichnet ein Hundertstel eines Prozentpunktes) und allenfalls andere Kosten für Gebühren, Stempelabgaben, Emissionskosten).

Der Stadtpräsident:  
Thomas Scheitlin

Der Stadtschreiber:  
Manfred Linke

Beilage:  
▪ Einfache Anfrage vom 4. Oktober 2019